

PricewaterhouseCoopers AG WPG (Hrsg.)

Öffentlich-rechtliche Unternehmen der Gemeinden

Länderübergreifende Darstellung

6., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Kohlhammer

Bolsenkötter

Öffentlich-rechtliche Unternehmen

der Gemeinden

Länderübergreifende Darstellung

von

Dipl.-Kfm. Dr. Heinz Bolsenkötter (†), Wirtschaftsprüfer

Bearbeitet von

Matthias Beier, Steuerberater, PwC

Oliver Brummer, Rechtsanwalt, PwC

Christoph Donhauser, Rechtsanwalt, München

Dagmar Holz, Rechtsanwältin, PwC

Martin Käppel, Rechtsanwalt, PwC

Prof. (FH) Dr. Jörg Meinen, Wirtschaftsprüfer, Köln

Stefan Maier, Rechtsanwalt, Steuerberater, PwC

Marion Plesch, Rechtsanwältin, PwC

Dr. Michael Poullie, Wirtschaftsprüfer, PwC

Dr. Christian Teuber, Rechtsanwalt, Düsseldorf

Dr. Sebastian Ulbrich, Rechtsanwalt, PwC

Gavin Worok, Rechtsanwalt, PwC

Florian Zemke, Steuerberater, PwC

6., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

6. Auflage 2015

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-019872-2

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-029176-8

epub: ISBN 978-3-17-029177-5

mobi: ISBN 978-3-17-029178-2

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Vorwort zur 6. Auflage

Der Namensgeber dieses Buches, Dipl.-Kfm. Dr. Heinz Bolsenkötter, der jahrzehntelang bei der WIBERA und später bei PwC für das Prüfungswesen öffentlicher Unternehmungen verantwortlich war, ist leider noch vor Inangriffnahme der 6. Auflage verstorben. Er hat jedoch wie kaum ein zweiter die Organisationsformen der öffentlichen Wirtschaft, mehr noch deren Wirtschaftsführung und Rechnungswesen, durchdrungen und – nicht zuletzt in der Voraufgabe – wissenschaftlich, aber mit größtem praktischen Verständnis, in zahlreichen Veröffentlichungen abgehandelt und in vielen Vorträgen und Diskussionsbeiträgen erörtert. Heinz Bolsenkötter ist der geistige Vater und Mentor des Werkes geblieben; es war uns deshalb ein Anliegen und eine Ehre zugleich, die nunmehr vorgelegte 6. Auflage im Titel allein mit seinem Namen zu versehen. Damit wird das Zitat von Dr. Friedrich Zeiß abgelöst, der die ersten drei Auflagen in Form eines Kommentars – der „Zeiß“ – allein bearbeitet hatte.

Die 5. Auflage des vorliegenden Erläuterungswerkes ist vor mehr als zehn Jahren erschienen; Auch wenn die für Eigenbetriebe anzuwendenden Vorschriften seitdem im Wesentlichen gleich geblieben sind, waren im Einzelnen doch zahlreiche Änderungen und Ergänzungen zu verzeichnen, die für sich genommen eine Neuauflage gerechtfertigt hätten.

Wesentlich bedeutsamer ist indessen die weitere Entwicklung und Verbreitung der Rechtsform der rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts bzw. des Kommunalunternehmens; diese Gestaltung war bei der Bearbeitung der Voraufgabe noch recht neu und war nur in einigen Bundesländern gesetzlich geregelt; sie wurde deshalb nur am Rande behandelt. In der Neuauflage steht dieses Thema nunmehr im Mittelpunkt der Bearbeitung. Die zusätzlich eröffneten Gestaltungsvarianten der kommunalen Gemeinschaftsarbeit und des gemeinsamen Kommunalunternehmens werden in zwei Abschnitten ausführlich unter Berücksichtigung der länderspezifischen Eigenheiten erläutert.

Dem mussten andere Ausführungen – z. B. zum Energiewirtschafts-, zum Konzessionsabgaben- und zum Personenbeförderungsrecht – aber auch die meisten Anhänge weichen, um den Gesamtumfang des Buches im Wesentlichen zu erhalten. Aus demselben Grund, aber auch aufgrund der tiefgreifenden Neuerungen im Beamten- und Arbeitsrecht mussten auch die Ausführungen zu diesen Themen erheblich gekürzt werden. Es ist nunmehr in seinen Grundzügen beim Kommunalunternehmen abgehandelt; im Übrigen ist insoweit auf die einschlägige Fachliteratur zu verweisen.

Die Unternehmensformen der rechtsfähigen öffentlich-rechtlichen Anstalt bzw. des Kommunalunternehmens und des Eigenbetriebs werden zunehmend auch für sog. nichtwirtschaftliche Betätigungen im Sinne des Kommunalrechts verwendet, insbesondere in den Bereichen der Entwässerung und der Abfallwirtschaft. Den sich hieraus ergebenden Besonderheiten wurde im jeweiligen Sachzusammenhang Rechnung getragen.

Da das Steuerrecht eine stets wachsende Bedeutung erlangt hat und nach wie vor ständig in Bewegung ist, waren auch hier umfangliche Neuerungen vorzunehmen. Aus systematischen Gründen erschien es zweckmäßig, die Ertrags- und Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand vollständig darzustellen. Dafür wurde ein umfangreiches neues Kapitel konzipiert.

Zum Teil grundlegend geändert hat sich auch der wirtschaftsrechtliche Rahmen, in dem sich die kommunalen Eigenbetriebe und rechtsfähigen Anstalten bewegen. Dies wird ausreichend behandelt. Auch das für die öffentliche Hand sehr bedeutsame Vergaberecht wird in der nunmehr vorliegenden 6. Auflage für Anstalten und Eigenbetriebe getrennt ausführlich dargestellt.

Vorwort zur 6. Auflage

Die Konzeption einer länderübergreifenden Stoffbehandlung – die bereits der 4. und 5. Auflage zu Grunde lag – wurde beibehalten und fortentwickelt; dass dies mit erheblichem Arbeitsaufwand und spürbaren Darstellungsproblemen verbunden war, sei nicht verschwiegen. Insbesondere weist die Gesetzgebung der Länder bei der Anstalt des öffentlichen Rechts/dem Kommunalunternehmen zum Teil erhebliche Unterschiede auf. Dem konnte nicht an allen Stellen ausführlich Rechnung getragen werden. Ausgangspunkt und Basis der Erläuterungen des Ersten Kapitels ist das bayerische Landesrecht, weil das Kommunalunternehmen dort erstmalig eingeführt wurde und mittlerweile umfassend und detailliert geregelt ist. Für die Darstellung des Eigenbetriebsrechts im zweiten Kapitel ist – wie in der Voraufgabe – die nordrhein-westfälische Regelung maßgeblich geblieben. Trotz unserer Bemühungen, die wesentlichen Länderbesonderheiten mit den Rechtsquellen im jeweiligen Sachzusammenhang herauszuarbeiten, wird der Benutzer auf die amtlichen Quellen ergänzend zurückgreifen müssen. Kapitel drei basiert nach wie vor auf dem Musterentwurf 1068 des AK III der Innenminister der Länder, der unverändert geblieben ist. Die Darstellung der steuerlichen Grundlagen in Kapitel vier behandelt Bundesrecht, so dass hier so gut wie keine länderspezifischen Besonderheiten zu berücksichtigen waren.

Im Umfang und in der Intensität der Stoffbehandlung einschließlich der Darstellung des anzuwendenden Handelsrechts und des praktisch so gewichtigen Steuerrechts geht dieses Handbuch über die sonst vorliegenden Erläuterungswerke hinaus. Im Ergebnis wurde ein Werk geschaffen, das mit der Gründlichkeit eines Handkommentars die Alltagsarbeit in den Unternehmen und ihren Organen aufgrund der Darstellung der wesentlichen Rahmenbedingungen der Betätigung von rechtsfähigen öffentlich-rechtlichen Anstalten bzw. Kommunalunternehmen und Eigenbetrieben oder eigenbetriebsähnlichen Unternehmen hinreichend unterstützen kann. Für eine weitere Vertiefung wird allerdings auf die Spezialliteratur und tagesaktuelle Quellen zurückzugreifen sein.

Bei den verarbeiteten Quellen wurde im Wesentlichen die Entwicklung bis etwa zur Mitte des Jahres 2013 berücksichtigt; vereinzelt sind aber auch noch aktuellere Daten berücksichtigt. Soweit in einigen Ländern amtliche Texte für Funktionsträger je gesondert die männliche und die weibliche Sprachform verwenden, bedienen wir uns aus Darstellungsgründen jeweils nur der männlichen Sprachform; die Ausführungen gelten dann in gleicher Weise natürlich auch für weibliche Funktionsträger.

Das Handbuch ist eine Gemeinschaftsarbeit der Autoren; die primär verantwortlichen Bearbeiter der Texte sind auf den einzelnen Seiten jeweils am unteren Rand genannt. Herr Rechtsanwalt Wolfgang Britsch hat die Arbeit der Autoren intern koordiniert und ihre Texte aufeinander abgestimmt, das Stichwortverzeichnis völlig neu erstellt und das Werk für den Druck vorbereitet. Ihm gilt besonderer Dank und Anerkennung.

Die Neuauflage hätte ohne die jahrelange Einbindung der Autoren in die Arbeiten von PricewaterhouseCoopers AG WPG und die PricewaterhouseCoopers Legal AG mit den sich daraus ergebenden vielfältigen Anregungen und ohne die Möglichkeiten des kritischen Gedankenaustausches mit den Kollegen nicht zustande kommen können; hierfür sei auch an dieser Stelle allen Beteiligten gedankt. Der PricewaterhouseCoopers AG ist ebenfalls dafür zu danken, dass sie das Entstehen dieses Werkes finanziell ermöglicht hat.

Bielefeld, Düsseldorf, Frankfurt am Main im Oktober 2014

Ulrich Götte
Thomas Klein

Dr. Norbert Vogelpoth
Dr. Sven-Joachim Otto

Inhalt

Literaturverzeichnis	XXVI
Abkürzungsverzeichnisse	XLV
Erstes Kapitel: Recht der Anstalten des öffentlichen Rechts/der Kommunalunternehmen	1
Erster Abschnitt: Allgemeiner Teil	1
A. Rechtsentwicklung	1
B. Rechtsgrundlagen des Kommunalunternehmens/der AöR	2
I. Einführung	2
II. Gemeindeordnungen	3
1. Zulässigkeit der Rechtsform und Betätigung	3
2. Organisationsrecht	5
III. Kommunalunternehmensrecht	6
IV. Anstaltssatzungen	6
C. Gründung des Kommunalunternehmens	7
I. Entstehung	7
II. Errichtung	7
III. Umwandlung	8
1. Regie- oder Eigenbetriebe	8
2. Kapitalgesellschaft	9
IV. Übertragung von Vermögen	11
1. Einzelrechtsnachfolge	11
2. Gesamtrechtsnachfolge	11
V. Überleitung von Arbeitnehmern	11
1. Rechtliche Grundlagen der Überleitung	11
2. Bedeutung des § 613a BGB	12
a) Fortgeltung tarifvertraglicher Regelungen für tarifgebundene Arbeitnehmer	12
b) Fortgeltung tarifvertraglicher Regelungen für nicht tarifgebundene Arbeitnehmer	13
c) Fortgeltung von Dienst- oder Betriebsvereinbarungen	14
d) Vertragliche Gestaltung der Personalüberleitung	14
e) Widerspruchsrecht bei Vorliegen eines Rechtsgeschäfts	14
f) Widerspruchsrecht bei gesetzlich angeordnetem Betriebsübergang	14
VI. Überleitung von Beamten	16
1. Überleitung bei Dienstherrenfähigkeit der aufnehmenden AöR	16
2. Überleitung ohne Dienstherrenfähigkeit der aufnehmenden AöR	16
D. Rechtsstellung des Kommunalunternehmens	17
I. Träger des Kommunalunternehmens	17
II. Rechtsfähigkeit	18
III. Aufgaben des Kommunalunternehmens	18
1. Aufgabenübertragung	18
2. Kommunalunternehmen als Dienstleister	19

Inhalt

3.	Kommunalunternehmen als Kaufmann	19
IV.	Kommunalunternehmen als Satzungsgeber	20
1.	Übertragung von Satzungsbefugnissen	20
2.	Zuständigkeit des Verwaltungsrats	22
V.	Verwaltungsvollstreckung	23
VI.	Anstaltslast und Gewährträgerschaft	23
1.	Anstaltslast	23
2.	Gewährträgerschaft	24
3.	EU-Beihilferecht	24
VII.	Beteiligung an anderen Unternehmen	27
VIII.	Aufsicht	28
IX.	Auflösung des Kommunalunternehmens	28
Zweiter Abschnitt: Verfassung und Verwaltung des Kommunalunternehmens		29
A.	Allgemeines	29
B.	Die Gemeindevertretung	30
I.	Regelung der Rechtsverhältnisse durch Satzung	30
II.	Weisungen und Zustimmungsrechte der Gemeindevertretung	31
1.	Gesetzlich zwingende Befugnisse	31
2.	Weitergehende Befugnisse aufgrund der Anstaltssatzung	31
C.	Organe der AöR	32
I.	Vorstand	32
1.	Allgemeines	32
2.	Zusammensetzung des Vorstands und Aufgabenverteilung	33
3.	Verantwortlichkeit des Vorstands	34
II.	Verwaltungsrat	34
1.	Allgemeines	34
2.	Zusammensetzung des Verwaltungsrates	35
a)	Vorsitzender	35
b)	Übrige Mitglieder	36
c)	Ausschlusskriterien	37
3.	Zuständigkeiten und Kompetenzen des Verwaltungsrates	38
a)	Gesetzliche und satzungsgemäße Befugnisse	38
b)	Abgrenzung zu Aufgaben des Vorstands	39
c)	Abgrenzung zur Zuständigkeit der Gemeindevertretung	40
4.	Sitzungen	40
a)	Vorbereitung und Sitzungsablauf	40
b)	Beschlussfassung	41
c)	Beanstandung rechtswidriger Beschlüsse	42
d)	Dringlichkeitsentscheidungen	43
5.	Rechte und Pflichten der Mitglieder des Verwaltungsrates	43
III.	Gewährträgerversammlung und Beirat (Berlin)	44
D.	Vertretung der AöR	45
I.	Organschafliche Vertretung	45
II.	Vertretung durch Bevollmächtigte und Beauftragte	46
III.	Bekanntmachung der Vertretungsberechtigten	46
E.	Haftung der AöR	47
F.	Bedienstete der AöR	47

I.	Allgemeines	47
II.	Beamte	48
	1. Dienstvorgesetzte	48
	2. Einstellung	48
	a) Formelle Einstellungsvoraussetzungen	49
	(1) Zuständigkeit	49
	(2) Stellenausschreibung	49
	(3) Zustimmungsentscheidungen	49
	(4) Auswahlverfahren	49
	(5) Ernennungsurkunde	50
	b) Materielle Einstellungsvoraussetzungen	50
	(1) Allgemeine Voraussetzungen	50
	(a) Dienstherrenfähigkeit	50
	(b) Ausübung hoheitlicher Befugnisse	50
	(2) Personenbezogene Voraussetzungen	50
	(a) Eignung	50
	(b) Befähigung	51
	(c) Fachliche Leistung	51
	(d) Übergreifende Aspekte	52
	2. Beförderung	52
	a) Formelle Voraussetzungen	52
	(1) Zuständigkeit	52
	(2) Verfahren	52
	(3) Form	52
	b) Materielle Voraussetzungen	52
	(1) Leistungsprinzip	52
	(2) Beförderungsamt	53
	(3) Beförderungsverbote	53
	3. Entlassung	53
	a) Entlassung durch Verwaltungsakt	53
	(1) Formelle Voraussetzungen	53
	(a) Zuständigkeit	53
	(b) Verfahren	53
	(c) Form	54
	(2) Materielle Voraussetzungen	54
	(a) Entlassung auf eigenen Antrag	54
	(b) Entlassung durch den Dienstherren	54
	(c) Einhaltung gesetzlicher Schutzvorschriften	54
	(d) Entlassung kraft Gesetzes	54
	4. Rechte und Pflichten	55
	a) Besoldung	55
	b) Sonstige Rechte und Pflichten	55
III.	Arbeitnehmer	56
	1. Anwendung des TVöD	56
	2. Spartenspezifische Besonderheiten	57
	a) Krankenhäuser	57
	b) Versorgungsunternehmen	57
IV.	Mitbestimmung	58

Inhalt

Dritter Abschnitt	Leistungsbeziehungen zum Nutzer, zur Gemeinde und zu Dritten	58
A.	Einführung	58
B.	Leistungsbeziehungen zum Nutzer.	59
I.	Öffentlich-rechtliche Leistungsbeziehungen	59
1.	Regelung der Benutzung und Abgabenerhebung	59
2.	Grundlagen der Abgabenerhebung	59
a)	Kostendeckungsprinzip.	60
b)	Gleichheitssatz und Äquivalenzprinzip	60
3.	Entscheidungskompetenzen	61
4.	Vollstreckung.	61
5.	Rechtsweg.	61
II.	Privatrechtliche Leistungsbeziehungen.	62
1.	Regelung der Benutzung und Entgelterhebung.	62
2.	Grundlagen für die Erhebung von Entgelten	62
a)	Billigkeitskontrolle.	62
b)	Verwaltungsprivatrecht.	62
3.	Entscheidungskompetenzen	63
4.	Vollstreckung.	63
5.	Rechtsweg.	64
C.	Leistungsbeziehungen zur Gemeinde	64
I.	Begründung von Leistungsbeziehungen	64
II.	Abrechnungsgrundsätze	65
D.	Dienstleistungen für Dritte.	65
I.	Rechtsrahmen.	65
II.	Abrechnungsgrundsätze	66
E.	Vergaberecht	66
I.	EU-Vergaberecht	66
1.	Öffentliche Auftraggeber	67
2.	Verfahrensarten	67
3.	Vergabeordnungen	67
4.	Ausnahmen	68
II.	Nationale Vergabeverfahren	68
III.	Besonderheiten	69
1.	Landesrecht.	69
2.	Konzessionsverträge	69
Vierter Abschnitt	Kommunale Zusammenarbeit.	69
A.	Rechtsgrundlagen	69
I.	Institutionelle Zusammenarbeit	70
1.	Kommunale Arbeitsgemeinschaften	70
2.	Zweckverbände	70
II.	Grundlagen für nicht institutionelle Zusammenarbeit	71
B.	Kommunalunternehmen und öffentlich-rechtliche Vereinbarung.	72
I.	Rechtslage in Bayern	72
1.	Beteiligung an einer Zweckvereinbarung	72
2.	Übertragung von Aufgaben	73
3.	Durchführung von Aufgaben	73
II.	Landesrechtliche Vorgaben anderer Flächenstaaten.	73
1.	Beteiligung an öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen	73
2.	Übernahme oder Übertragung von Aufgaben	74

a)	Schleswig-Holstein.	74
b)	Sachsen	74
c)	Rheinland-Pfalz.	74
d)	Niedersachsen.	74
3.	Durchführung von Aufgaben	75
C.	Kommunalunternehmen und Zweckverband.	75
I.	Zweckverband als Träger eines Kommunalunternehmens . . .	75
II.	Kommunalunternehmen als Mitglied eines Zweckverbandes .	76
1.	Rechtsstellung im Zweckverband	76
a)	Rechtslage in Bayern	76
(1)	Teilnahme an der Verbandsversammlung	76
(2)	Weisungsbefugnis des Kommunalunternehmens	76
(3)	Vorsitz in der Verbandsversammlung.	77
(4)	Änderung und Auflösung des Zweckverbands.	77
b)	Rechtslage in anderen Flächenstaaten	77
(1)	Teilnahme an der Verbandsversammlung	77
(2)	Weisungsbefugnis der AöR.	77
(3)	Vorsitz in der Verbandsversammlung.	78
(4)	Änderung und Auflösung des Zweckverbands.	78
III.	Leistungsbeziehungen zwischen Kommunalunternehmen und Zweckverband	79
1.	Rechtslage in Bayern.	79
a)	Angemessene Vergütung	79
b)	Umlage	79
2.	Rechtslage in anderen Flächenstaaten	79
a)	Angemessene Vergütung	79
b)	Umlage	80
Fünfter Abschnitt	Gemeinsame Kommunalunternehmen	80
A.	Einführung	80
B.	Rechtsgrundlagen des gemeinsamen Kommunalunternehmens . . .	82
I.	Recht der kommunalen Gemeinschaftsarbeit	82
II.	Kommunalunternehmensrecht	83
III.	Unternehmenssatzung	84
IV.	Geschäftsordnung, Dienstanweisung.	85
C.	Entstehung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens	86
I.	Neugründung	86
II.	Beitritt zu einem bestehenden Kommunalunternehmen	88
III.	Ausgliederung von Regie- oder Eigenbetrieben der kommunalen Träger	88
IV.	Umwandlung von Eigengesellschaften der kommunalen Trä- ger	89
V.	Verschmelzung von Kommunalunternehmen	90
VI.	Beschlüsse der Gemeindevertretungen.	90
VII.	Aufsicht.	91
1.	Aufsicht über Trägerkommunen	92
2.	Aufsicht über gemeinsame Kommunalunternehmen	92
3.	Zuständige Aufsichtsbehörde	92
D.	Verfassung und Verwaltung	92
I.	Vorstand	92
II.	Verwaltungsrat	93

Inhalt

III.	Zustimmungs- und Weisungsrechte der Gemeindevertretungen	94
E.	Gewährträgerhaftung und Anstaltslast beim gKU	95
I.	Grundsätze	95
II.	Ausgleich im Innenverhältnis	95
F.	Bestandsänderung und Auflösung von gemeinsamen Kommunalunternehmen	96
I.	Auflösung	96
II.	Austritt einzelner Träger	97
III.	Abwicklung	98
Sechster Abschnitt Wettbewerbs- und Kartellrecht		99
A.	Einführung	99
B.	Bedeutung für Kommunen und ihre Betriebe	99
C.	Kartellrecht	100
I.	Allgemeines	100
1.	Adressaten	100
2.	Kartellbehörden, Sanktionen	101
3.	Regelungsinhalte	101
II.	Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen	102
1.	Verbote	102
2.	Ausnahmen	102
3.	Beispiele	102
III.	Missbrauch von Marktmacht	103
1.	Adressaten	103
2.	Beispiele	104
IV.	Zusammenschlusskontrolle	105
1.	Ziele	105
2.	Umsatzerlöse	105
3.	Vollzugsverbot	105
4.	Beispiele	105
D.	Lauterkeitsrecht	106
I.	Allgemeines	106
II.	Instrument zum Verbot kommunaler Konkurrenzfähigkeit	106
III.	Verbotene Betätigungen	107
IV.	Beispiele	107
V.	Durchsetzung	108
Siebter Abschnitt Wirtschaftsführung und Rechnungswesen		108
A.	Vermögen der Anstalt	108
B.	Kassenwirtschaft	110
C.	Wirtschaftsjahr/Geschäftsjahr	111
D.	Leitung und Aufbau des Rechnungswesens	111
E.	Planung	112
F.	Rechnungslegung	114
G.	Rechenschaft und Prüfung	116
Zweites Kapitel Recht der Eigenbetriebe		119
Erster Abschnitt Allgemeiner Teil		119
A.	Entwicklung des Eigenbetriebsrechts	119
B.	Rechtsgrundlagen des Eigenbetriebs	124
I.	Einführung	124

II.	Gemeindeordnungen	125
III.	Eigenbetriebsrecht	125
IV.	Verwaltungsvorschriften	125
V.	Betriebsatzung	127
C.	Eigenbetrieb für wirtschaftliche Unternehmen	128
I.	Begriff des wirtschaftlichen Unternehmens	128
II.	Errichtung, Übernahme und Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen durch die Gemeinde	131
III.	Eigenbetrieb und Organisationsermessen der Gemeinde	137
D.	Eigenbetrieb für nichtwirtschaftliche Unternehmen	138
E.	Stellung des Eigenbetriebs in der Gemeinde	140
I.	Eigenbetrieb und Trägergemeinde	140
II.	Eigenbetrieb und Gemeindeeinwohner	141
F.	Eigenbetrieb und allgemeine wirtschaftliche Vorschriften	143
I.	Handelsrecht	143
II.	Vergaberecht	144
1.	Allgemeines	144
2.	Nationale Vergabeverfahren	144
III.	Wettbewerbs- und Kartellrecht	146
Zweiter Abschnitt	Verfassung und Verwaltung	146
A.	Allgemeines	146
B.	Werkleitung	147
I.	Organisation und Dienststellung der Werkleitung	147
1.	Besetzung der Werkleitung	147
2.	Dienststellung der Werkleiter	149
3.	Der Erste Werkleiter	151
4.	Der Werkleiter als Beigeordneter (Stadtrat, Bürgermeister) oder Beauftragter	152
5.	Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Werkleitung	154
6.	Die Geschäftsverteilung innerhalb der Werkleitung	154
II.	Aufgaben der Werkleitung	155
1.	Rechtliche Grundlagen	155
2.	Aufgaben der Werkleitung bei der Leitung des Eigenbetriebs	155
a)	Allgemeines	155
b)	Leitung des Eigenbetriebs im Einzelnen	157
(1)	Wirtschaftliche Führung des Eigenbetriebs	158
(2)	Geschäfte der laufenden Betriebsführung	159
c)	Weitere Aufgaben	161
(1)	Rechnungswesen	161
(2)	Vollzugsaufgaben	161
(3)	Informationspflichten	162
3.	Verantwortlichkeit der Werkleitung	162
III.	Vertretung des Eigenbetriebs	163
1.	Rechtliche Grundlagen	163
2.	Die Vertretungsmacht der Werkleitung	163
3.	Vertretung durch Bevollmächtigte	165
4.	Vertretung durch Beauftragte	166
5.	Öffentliche Bekanntmachung der Vertretungsberechtigten	167
6.	Verpflichtungserklärungen	167

Inhalt

a)	Formelle Anforderungen	167
b)	Arten	167
c)	Inhalt	168
d)	Formerfordernisse in den einzelnen Bundesländern	168
e)	Rechtsfolgen eines Formmangels	174
C.	Werksausschuss	175
I.	Vorbemerkungen	175
II.	Allgemeines	176
III.	Der Werksausschuss bei kleineren Gemeinden und Betrieben	178
IV.	Der Werksausschuss für mehrere Eigenbetriebe	178
V.	Zusammensetzung des Werksausschusses	179
1.	Grundsätze	179
2.	Regelungen in den einzelnen Bundesländern	181
VI.	Durchführung der Sitzungen	192
1.	Vorbereitung der Sitzungen	192
2.	Leitung der Sitzungen	193
3.	Beschlussfassung	193
4.	Rechtswidrige Beschlüsse	194
5.	Dringlichkeitsentscheidungen	195
VII.	Rechte und Pflichten der Mitglieder des Werksausschusses	196
VIII.	Der Werksausschuss als Organ des Eigenbetriebs	199
IX.	Der Werksausschuss als vorberatendes Organ	200
X.	Der Werksausschuss als beschließendes Organ	202
1.	Zuständigkeit des Werksausschusses	202
2.	Kompetenzabgrenzung zur Werkleitung	202
3.	Kompetenzabgrenzung zur Gemeindevertretung	203
XI.	Befugnisse im Einzelnen	204
1.	Allgemeines	204
2.	Werkleitung, Geschäftsverteilung	205
3.	Wirtschaftsplan, Stellenübersicht, Ausführung von Erfolgs- und Vermögensplan	206
4.	Personalangelegenheiten	209
5.	Verfügungen über Vermögen des Eigenbetriebs	210
6.	Abschluss von Verträgen	211
7.	Kreditaufnahmen/Sicherheiten	214
8.	Festsetzung allgemeiner Tarife und Lieferbedingungen	214
9.	Beteiligungen	216
10.	Abschlussprüfer, Jahresabschluss	217
XII.	Kontrollierende Aufgaben des Werksausschusses	218
D.	Gemeindevertretung	219
I.	Allgemeines	219
II.	Gemeindevertretungen in den einzelnen Bundesländern	221
III.	Vorbehaltsaufgaben der Gemeindevertretung	224
1.	Allgemeines	224
2.	Vorbehaltsaufgaben im Einzelnen	225
a)	Erlass von Satzungen	225
b)	Bestellung des Werksausschusses und seiner Mitglieder	226
c)	Bestellung der Werkleitung sowie Berufung und Abberufung ihrer Mitglieder	226

d)	Regelung der Rechtsverhältnisse der Bediensteten des Eigenbetriebs.	226
e)	Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplans. . .	226
f)	Feststellung des Jahresabschlusses, Behandlung des Jahresergebnisses.	226
g)	Festsetzung von allgemein geltenden Abgaben und privatrechtlichen Entgelten	227
h)	Rückzahlung von Eigenkapital	227
i)	Errichtung, Erweiterung oder Umwandlung des Eigenbetriebs.	227
j)	Auswahl und Bestellung des Abschlussprüfers	228
3.	Zuständigkeit nach Bedeutung oder Wert der Angelegenheit	230
4.	Delegationsmöglichkeiten der Gemeindevertretung	232
5.	Sogenanntes Rückholrecht	234
IV.	Die Stellung der Gemeindevertretung als Kontrollorgan. . . .	236
E.	Stellung der Verwaltung	240
I.	Allgemeines	240
II.	Regelungen in den einzelnen Bundesländern	241
F.	Bedienstete beim Eigenbetrieb	261
Drittes Kapitel	Wirtschaftsführung und Rechnungswesen.	263
Erster Abschnitt	Allgemeiner Teil.	263
A.	Vermögen des Eigenbetriebs (§§ 10 und 11)	263
I.	Allgemeines	263
II.	Der Eigenbetrieb als Sondervermögen.	263
1.	Abgrenzung des Sondervermögens.	263
a)	Das Sondervermögen des Eigenbetriebs innerhalb des Gemeindevermögens.	263
b)	Stellung des Sondervermögens gegenüber Dritten . .	264
c)	Gesonderte Verwaltung und gesonderter Nachweis des Vermögens	265
2.	Ausstattung mit Stammkapital	265
a)	Eigenkapital und Stammkapital	265
b)	Betriebswirtschaftliche Bedeutung eines angemessenen Stammkapitals und einer angemessenen Eigenkapitalausstattung	266
c)	Auswirkungen auf die Besteuerung.	270
d)	Auswirkungen auf die Konzessionsabgabe.	271
e)	Veränderungen des Stammkapitals	271
3.	Marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals	272
a)	Allgemeines	272
b)	Berechnungsgrundlage	272
c)	Marktüblicher Zinssatz	272
III.	Erhaltung des Sondervermögens	273
1.	Allgemeines	273
2.	Instandhaltungspflicht.	274
3.	Erneuerung und Erweiterung	274
4.	Bildung von Rücklagen	276
a)	Allgemeines	276
b)	Zur Angemessenheit der allgemeinen Rücklage . . .	277
c)	Verwendung der allgemeinen Rücklage	277

Inhalt

d)	Zweckgebundene Rücklagen	277
e)	Verwendung zweckgebundener Rücklagen	278
f)	Andere Vorschriften über die Rücklagenbildung	279
5.	Rückzahlung von Eigenkapital an die Gemeinde	279
a)	Allgemeines	279
b)	Voraussetzungen der Herabsetzung des Stammkapitals	279
c)	Durchführung der Herabsetzung und ihre Auswirkungen	279
6.	Jahresgewinn und Jahresverlust	280
a)	Gewinnverwendung	280
b)	Behandlung eines Jahresverlustes	280
IV.	Vergütung für Lieferungen, Leistungen und Kredite an die Gemeinde und an einen anderen Betrieb der Gemeinde oder eine Gesellschaft, an der die Gemeinde beteiligt ist	283
1.	Betriebswirtschaftliche Bedeutung angemessener Vergütungen	283
2.	Steuerliche Bedeutung angemessener Vergütungen	283
3.	Ausnahmeregelung für Wasserversorgungsbetriebe	285
V.	Besonderheiten für Spenden an gemeinnützige Einrichtungen der Gemeinde	285
B.	Kassenwirtschaft (§ 12)	286
I.	Allgemeines	286
II.	Anwendung des Gemeindekassenrechts	286
III.	Organisation der Sonderkasse	292
IV.	Anlage vorübergehend nicht benötigter Geldmittel	294
C.	Wirtschaftsjahr (§ 13)	294
I.	Allgemeines	294
II.	Wahl des Abschlussstichtages	295
III.	Festsetzung und Änderung des Wirtschaftsjahres	295
IV.	Steuerliche Bedeutung des Wirtschaftsjahres	295
D.	Leitung und Aufbau des Rechnungswesens (§ 14)	296
I.	Allgemeines	296
II.	Umfang des Rechnungswesens	296
1.	Allgemeines	296
2.	Statistik	297
3.	Betriebsvergleich	297
III.	Organisation und Leitung des Rechnungswesens	298
1.	Einheitliche Leitung	298
2.	Räumliche Einheit	298
3.	Geschäftskreis des Werkleiters für die kaufmännischen Angelegenheiten	298
	Zweiter Abschnitt Planung	301
A.	Wirtschaftsplan (§ 15)	301
I.	Wirtschaftsplan und Haushaltsplan	301
1.	Allgemeines	301
2.	Aufstellung und Wirkung des Wirtschaftsplans	304
3.	Verknüpfung von Wirtschaftsplan und Gemeindehaushalt	306
II.	Inhalt und Gliederung des Wirtschaftsplans	306
1.	Allgemeines	306

2.	Bestandteile des Wirtschaftsplans	307
III.	Änderung des Wirtschaftsplans	308
1.	Allgemeines	308
2.	Obligatorische Wirtschaftsplanänderungen	309
3.	Durchführung der Änderung	309
IV.	Ausführung des Wirtschaftsplans	310
1.	Allgemeines	310
2.	Ausführung des Erfolgsplans	310
3.	Ausführung des Vermögensplans	310
4.	Ausführung der Stellenübersicht	311
V.	Verantwortlichkeit für die Ausführung des Wirtschaftsplans.	312
B.	Erfolgsplan (§ 16).	312
I.	Allgemeines	312
II.	Inhalt und Gliederung des Erfolgsplans	313
III.	Begründung des Erfolgsplans.	314
C.	Vermögensplan (§ 17).	314
I.	Allgemeines	314
II.	Inhalt und Gliederung des Vermögensplans	315
III.	Einnahmenseite des Vermögensplans	318
IV.	Ausgabenseite des Vermögensplans.	320
V.	Übertragbarkeit auf Folgejahre	324
VI.	Gegenseitige Deckungsfähigkeit der Ausgabeansätze	324
VII.	Mehrausgaben	324
D.	Stellenübersicht (§ 18).	325
I.	Allgemeines	325
II.	Inhalt und Gliederung der Stellenübersicht	325
III.	Änderung der Stellenübersicht	326
E.	Finanzplanung (§ 19)	327
I.	Allgemeines	327
II.	Aufgaben der Finanzplanung.	328
III.	Aufstellung des Finanzplans	328
IV.	Investitionsprogramm	329
V.	Inhalt und Gliederung der Finanzplanung	330
VI.	Fortschreibung der Finanzplanung	331
VII.	Durchführung des Finanzplans	331
	Dritter Abschnitt Rechnungswesen	333
A.	Buchführung und Kostenrechnung (§ 20)	333
I.	Allgemeines	333
1.	Aufgaben und Ziele der Buchführung	333
2.	Zugelassene Buchführungssysteme.	333
3.	Organisation der Buchführung	334
4.	Formen der Buchführung.	334
II.	Allgemeine Rechtsvorschriften.	338
1.	Buchführungspflichten nach Handelsrecht	338
2.	Preisrecht	339
3.	Energiewirtschaftsrecht	340
4.	Aufbewahrung.	340
III.	Vorschriften des Eigenbetriebsrechts.	342
1.	Kontenrahmen und Kontenpläne	342
2.	Bestandsaufnahme (Inventur)	343

Inhalt

3.	Anlagenbuchführung	345
4.	Unterlagen für die Kostenrechnung	346
IV.	Rechtsfolgen von Verstößen gegen die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung	348
Vierter Abschnitt Rechnungslegung		348
A.	Zwischenberichte (§ 21)	348
B.	Jahresabschluss (§ 22)	350
I.	Verpflichtung zur Erstellung eines Jahresabschlusses	350
II.	Verpflichtung zur Erstellung einer Eröffnungsbilanz	350
III.	Bestandteile des Jahresabschlusses	350
IV.	Anzuwendende Vorschriften	351
C.	Bilanz (§ 23)	354
I.	Bilanzierungsgrundsätze und Bilanzierungspflicht	354
1.	Bilanzierungsgrundsätze	354
2.	Einzelhinweise zur Bilanzierungspflicht	357
II.	Bewertungsvorschriften des Handels- und des Steuerrechts.	358
1.	Allgemeines	358
2.	Allgemeine Bewertungsgrundsätze.	359
a)	Grundsatz der Bilanzidentität (Nr. 1)	359
b)	Grundsatz der Unternehmensführung (Nr. 2)	359
c)	Grundsatz der Einzelbewertung (Nr. 3)	360
d)	Grundsatz der Vorsicht (Nr. 4)	360
e)	Grundsatz der Periodenabgrenzung (Nr. 5)	360
f)	Grundsatz der Bewertungsstetigkeit (Nr. 6)	361
3.	Besondere Bewertungsgrundsätze und -maßstäbe.	361
4.	Anschaffungskosten	364
a)	Anschaffungskosten bei entgeltlichem Erwerb	364
b)	Anschaffungskosten bei unentgeltlichem Erwerb.	366
5.	Herstellungskosten	366
6.	Abschreibungen	368
7.	Zeitwert (beizulegender Wert)	372
8.	Bewertung von Passivposten.	373
III.	Gliederung der Bilanz	373
1.	Allgemeines	373
2.	Gliederungsgrundsätze	375
3.	Verbindlichkeit der Gliederung.	375
4.	Abweichende Gliederung.	376
5.	Abweichende Postenbezeichnungen	377
6.	Kurzbezeichnungen.	377
7.	Vermerke	378
8.	Sanktionen	379
D.	Einzelposten der Bilanz nach Formblatt 1	379
AKTIVSEITE		379
Vor A.	Aufwendungen für die Inangsetzung und Erweiterung des Ge- schäftsbetriebs, Aufwendungen für die Währungsumstellung auf den Euro	379
A.	Anlagevermögen.	380
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände.	380
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	381

2.	Geleistete Anzahlungen	382
II.	Sachanlagen	382
1a)	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten.	383
1b)	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bahnkörper und Bauten des Schienenweges	384
2.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	384
3.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	384
4.	Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu Nr. 1 und Nr. 2 gehören	384
5.	Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen (der Energie- und Wasserversorgung)	385
5a)	Abwasserbehandlungsanlagen (Abwasserreinigungsanlagen)	385
5b)	Abfallverarbeitungsanlagen	385
6.	Verteilungsanlagen	386
6a)	Abwassersammelanlagen	387
6b)	Einbringungsanlagen der Abfallentsorgung.	388
7.	Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheits-/Sicherungsanlagen	388
8.	Fahrzeuge für Personen- und Güterverkehr.	388
9.	Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu Nr. 5 bis 8 gehören.	388
10.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	389
11.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	389
III.	Finanzanlagen.	389
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen und Ausleihungen an verbundene Unternehmen (Posten A.III.1 und 2).	389
2.	Beteiligungen und Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Posten A.III.3 und 4)	391
3.	Wertpapiere des Anlagevermögens	391
4.	Sonstige Ausleihungen.	392
5.	Sonstige Finanzanlagen	392
B.	Umlaufvermögen	392
I.	Vorräte	392
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	392
2.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	393
3.	Fertige Erzeugnisse und Waren	393
4.	Geleistete Anzahlungen	394
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	394
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	395
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	396
3.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	396
4.	Forderungen an die Gemeinde/andere Eigenbetriebe davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	396

Inhalt

4a) Forderungen an den Einrichtungsträger	397
4b) Forderungen an Gebietskörperschaften	397
5. Sonstige Vermögensgegenstände	397
III. Wertpapiere	397
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	397
2. Sonstige Wertpapiere.	398
IV. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	398
C. Rechnungsabgrenzungsposten.	399
Nach C. Aktive latente Steuern, Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Ver- mögensverrechnung	402
PASSIVSEITE	403
A. Eigenkapital	403
I. Stammkapital	403
II. Rücklagen	404
1. Allgemeine Rücklage.	405
2. Zweckgebundene Rücklagen	405
3. Steuerliche Aspekte der Rücklagenbildung und -auflö- sung.	406
III. Gewinn/Verlust	407
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	408
C. Empfangene Ertragszuschüsse.	409
1. Allgemeines	409
2. Einzelhinweise	410
Vor D. Kapitalzuschüsse und andere Zuwendungen Dritter	414
1. Kapitalzuschüsse	414
2. Überteueringzuschüsse	416
3. Zulagen	416
4. Sonderfall: Verrechnung von Abwasserabgabe gem. § 10 Abs. 3 AbwAG	416
D. Rückstellungen.	417
1. Allgemeines	417
2. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	421
3. Steuerrückstellungen	427
4. Sonstige Rückstellungen	428
a) Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	428
(1) Gleichverteilungsmodell	430
(2) Blockmodell	430
b) Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	436
c) Rückstellungen für unterlassene Aufwendungen für In- standhaltung und für Abraumbeseitigung.	439
d) Andere Aufwandsrückstellungen.	439
E. Verbindlichkeiten	439
1. Anleihen	441
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	442
3. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	442
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	442
5. Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel.	442
6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	443

7.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	443
8.	Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde/anderen Eigenbetrieben	443
8a)	Verbindlichkeiten gegenüber dem Einrichtungsträger.	443
8b)	Verbindlichkeiten gegenüber Gebietskörperschaften	443
9.	Sonstige Verbindlichkeiten	444
F.	Rechnungsabgrenzungsposten.	444
Nach F.	Passive latente Steuern	445
G.	Bilanzvermerke über Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	445
1.	Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln	446
2.	Verbindlichkeit aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften	446
3.	Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	446
4.	Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	447
E.	Gewinn- und Verlustrechnung (§ 24).	447
1.	Bedeutung der Gewinn- und Verlustrechnung	447
2.	Anzuwendende Vorschriften	448
3.	Gliederung nach Formblatt 4	448
4.	Abweichungen von der Gliederung nach Formblatt 4	449
5.	Behandlung der Innenumsätze	450
F.	Einzelposten der Gewinn- und Verlustrechnung nach Formblatt 4 .	450
1.	Umsatzerlöse	450
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	453
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen.	454
3a)	Zwischensumme (Gesamtleistung)	454
4.	Sonstige betriebliche Erträge, davon Auflösungen von Sonderposten mit Rücklageanteil.	454
5.	Materialaufwand.	456
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	456
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen.	456
6.	Personalaufwand.	458
a)	Löhne und Gehälter	458
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, davon für Altersversorgung. . .	461
7a)	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen, davon nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB, davon nach § 254 HGB	462
7b)	Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten, davon nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB, davon nach § 254 HGB	462
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen davon Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil	463
9.	Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen.	464
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen.	465

Inhalt

11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen	466
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	466
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen	467
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	468
15. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	468
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme	469
17. Außerordentliche Erträge	470
18. Außerordentliche Aufwendungen	470
19. Außerordentliches Ergebnis.	471
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.	471
21. Sonstige Steuern	472
22. Jahresgewinn/Jahresverlust	473
G. Erfolgsübersicht (§ 24 Abs. 3)	474
I. Allgemeines	474
II. Gliederung nach Betriebszweigen	474
III. Gliederung der Aufwendungen und Erträge	476
IV. Verwendung der Erfolgsübersicht.	478
H. Anhang (§ 25)	478
I. Allgemeines	478
II. Inhalt	480
III. Gliederung	483
1. Allgemeine Angaben	484
2. Angaben zur Bilanz	485
3. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	487
4. Angaben zum Jahresergebnis und zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	488
5. Ergänzende Angaben.	489
6. Angaben nach § 6b EnWG	492
IV. Anlagennachweis (§ 25 Abs. 2)	492
1. Allgemeines	492
2. Horizontale Gliederung.	493
3. Vertikale Gliederung.	493
I. Lagebericht (§ 26)	494
I. Allgemeines	494
II. Inhalt des Lageberichts.	494
1. Berichterstattung entsprechend § 289 HGB	495
2. Berichterstattung über weitere Sachverhalte nach Eigenbetriebsrecht/Anstaltsrecht	496
Fünfter Abschnitt Rechenschaft und Prüfung.	499
Aufstellung, Behandlung und Offenlegung des Jahresabschlusses und des Lageberichts (§ 27).	499
I. Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.	499
II. Vorberatung des Jahresabschlusses und des Lageberichts durch die Verwaltung.	501
III. Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts	501
1. Allgemeines	501
2. Rechtsgrundlagen der Abschlussprüfung	501

3.	Prüfungspflicht und Prüfungsbefreiung	502
a)	Kreis der prüfungspflichtigen Betriebe.	502
b)	Befreiung von der Prüfungspflicht	504
4.	Auswahl und Beauftragung des Abschlussprüfers	506
5.	Gegenstand und Umfang der Prüfung	507
a)	Jahresabschluss und Lagebericht	507
b)	Wirtschaftliche Verhältnisse/wirtschaftlich bedeutungsvolle Sachverhalte i. S. von § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG	512
c)	Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung.	515
d)	Zweckentsprechende Verwendung der öffentlichen Fördermittel	517
6.	Prüfungsunterlagen.	518
7.	Prüfungsdurchführung und Prüfungsbericht	519
8.	Verantwortlichkeit des Abschlussprüfers	523
9.	Abschlussprüfer und andere Prüfungseinrichtungen	524
a)	Allgemeines	524
b)	Örtliche Prüfung	525
c)	Überörtliche Prüfung	528
IV.	Beratung durch den Werksausschuss.	529
V.	Feststellung durch den Gemeinderat	529
VI.	Veröffentlichung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes	530
Viertes Kapitel	Grundlagen der Besteuerung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	533
Erster Abschnitt	Ertragsteuern.	533
A.	Grundgedanke der Besteuerung der öffentlichen Hand	533
B.	Steuerpflicht	533
I.	Körperschaftsteuer.	533
1.	Allgemeines	533
2.	Besonderheiten bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts.	534
a)	Betriebe gewerblicher Art	535
(1)	„Einrichtung“ i. S. d. § 4 Abs. 1 Satz 1 KStG.	535
(2)	Nachhaltigkeit	536
(3)	Wirtschaftliche Herausgehobenheit	536
(4)	Keine Gewinnerzielungsabsicht.	537
(5)	Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr.	538
(6)	Keine Land- und Forstwirtschaft.	538
b)	Abgrenzung des Betriebs gewerblicher Art.	538
(1)	Hoheitsbetriebe	538
(2)	Vermögensverwaltung	541
3.	Steuerbefreiungen	542
II.	Gewerbsteuer	542
1.	Allgemeines	542
2.	Steuerpflicht	543
3.	Steuerbefreiung	543
C.	Einkommensermittlung	543
I.	Grundlagen der Einkommensermittlung	543
1.	Subjekt der Einkommensermittlung.	543
2.	Gewinnbegriff	544

Inhalt

3.	Buchführungspflichten	544
II.	Besonderheiten bei der Einkommensermittlung	545
1.	Verdeckte Gewinnausschüttungen	545
a)	Dauerverlustgeschäfte von Betrieben gewerblicher Art	546
b)	Dauerverlustgeschäfte bei Kapitalgesellschaften	546
2.	Betriebsaufspaltung	547
3.	Konzessionsabgaben	547
D.	Zusammenfassung von Betrieben gewerblicher Art	548
I.	Zusammenfassungsgrundsätze	548
1.	Gleichartigkeit (§ 4 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 KStG)	549
2.	Technisch-wirtschaftliche Verflechtung (§ 4 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 KStG)	549
3.	Zusammenfassung von Verkehrs- und Versorgungsunternehmen (§ 4 Abs. 6 Satz 1 Nr. 3 KStG)	550
II.	Kettenzusammenfassung	551
III.	Einschränkung des Verlustausgleichs innerhalb zusammengefasster BgA	551
IV.	Zusammenfassung in Kapitalgesellschaften	552
E.	Kapitalertragsteuer	554
I.	Steuerpflichtiger Personenkreis	554
1.	Betriebe gewerblicher Art mit eigener Rechtspersönlichkeit (§ 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. a EStG)	554
2.	Betriebe gewerblicher Art ohne eigene Rechtspersönlichkeit (§ 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b EStG)	555
II.	Begriff der Leistungen	555
1.	Leistungen nach § 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. a EStG	555
2.	Leistungen nach § 20 Abs. 1 Buchst. b EStG	555
a)	Gewinnbegriff	555
b)	Rücklagenbildung	556
c)	Auflösung von Rücklagen	557
d)	Einlagenrückgewähr	557
e)	Die Bescheinigung nach § 27 Abs. 3 KStG	557
III.	Entstehung und Abführung der Steuer	558
IV.	Steuersatz	559
Zweiter Abschnitt Umsatzsteuer		559
A.	Umsatzsteuerlicher Unternehmensbereich	559
1.	Beispiele	559
2.	Bestimmung des Unternehmers, Umfang des Unternehmens	560
3.	Beistandsleistungen	560
4.	Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie	561
a)	BFH-Rechtsprechung	561
b)	Kritik	562
c)	Zusammenfassung	562
B.	Die „Ausgangsseite“	563
I.	Lieferungen und sonstige Leistungen	563
II.	Gleichgestellte Fälle	563
III.	Steuerbefreiungen	564
IV.	Bemessungsgrundlage	564
V.	Zuschüsse	565
VI.	Steuersatz	568

VII. Entstehung, Steuerschuldner	568
VIII. Rechnung	569
C. Die „Eingangsseite“ – Vorsteuerabzug	570
I. Vorsteuerabzug	570
II. Zuordnung von Eingangsumsätzen	570
D. Verfahrensrechtliche Fragen	573
Anhänge	575
Anhang 1	575
Musterentwurf einer Eigenbetriebsverordnung einschl. Formblätter 1 bis 5 (Anlagen 1 bis 5) Mit Ergänzungen aus Formblatt 3 zur EigAnVO RhPf zur Gliederung des Anlagevermögens bei Entsorgungsbetrieben	
Anhang 2	593
Gemeinschaftskontenrahmen für Versorgungs- und Verkehrsunternehm- men (GKV) – Kontenklassenübersicht	
Stichwortverzeichnis	596

Literaturverzeichnis

- Abel (2000),* Thomas Abel, Liberalisierung der Wasserversorgungswirtschaft, in: Stadt und Gemeinde 2000, 191.
- Ade u. a. (1998 ff.),* Klaus Ade u. a., Kommunalverfassungsrecht Baden-Württemberg, Kommentar, Loseblattwerk (Stand: Mai 2014), Wiesbaden 1998.
- ADS (1995 ff.),* Adler/Düring/Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Unternehmen, Kommentar zum HGB, AktG, GmbHG, PublG nach den Vorschriften des Bilanzrichtlinien-Gesetzes, neu bearb. von Karl-Heinz Forster u. a., 6. Aufl., Stuttgart 1995 ff.
- Albrecht (2013),* Mathias Albrecht, Nutzung der öffentlichen Verkehrswege für die Energieversorgung und allgemeine Anschluss- und Versorgungspflicht, in: Schneider/Theobald (2013), S. 491.
- Anders (2011),* Rudolf Anders, Eigenbetriebsrecht in Niedersachsen auf der Grundlage der Rechtsänderungen der Jahre 2009 bis 2011, Wiesbaden 2011.
- Arndt/Wiesbrock (2000),* Hans Wolfgang Arndt/Michael Wiesbrock, Der unbestimmte Rechtsbegriff „Verlustrückstellung“ und die Notwendigkeit einer verfassungskonformen Auslegung, in: Deutsches Steuerrecht (DStR) 2000, 718.
- Arnhold (2001),* Carsten Arnhold, Mehr wirtschaftliche Flexibilität für Eigenbetriebe – Vortrag von nicht ausgabewirksamen Verlusten in Sachsen-Anhalt möglich, in: Finanzwirtschaft 2001, 156.
- AWV (1995),* AWV – Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V., Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme – GoBS, AWV-Schrift, Bd. 09546, Eschborn 1995.
- AWV (2010),* AWV – Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V., Übersicht über die Inventurverfahren – Kostenreduzierung durch den Einsatz geeigneter Inventurverfahren, AWV-Schrift, Bd. 03607, 2. Aufl., Eschborn 2010.
- Badura (2003),* Peter Badura, Wirtschaftsverwaltungsrecht, in: Eberhard Schmidt-Aßmann (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht, 12. Aufl., Berlin 2003, S. 245.
- Baetge/Zülch (2010),* Jörg Baetge/Henning Zülch, Rechnungslegungsgrundsätze nach HGB und IFRS, HdJ (1984 ff.), Abt. I/2.
- Bähr (1997),* Uwe Bähr, Wirtschaftspläne öffentlicher Unternehmen, in: Finanzwirtschaft 1997, 154.
- Bald u. a. (1992),* Ernst-Joachim Bald u. a., Kreditleitfaden für die Vergabe von Unternehmenskrediten – Schuldscheindarlehen – (Kreditleitfaden), Karlsruhe 1992.
- Baldauf,* Uwe Baldauf, Umsatzsteuerliche Abgrenzung von Zuschusszahlungen der öffentlichen Hand, in: DStZ 2010, S. 125 ff.
- Bauer u. a. (1998 ff.),* Thomas Bauer u. a. (Hrsg.), Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern, Praxis der Kommunalverwaltung, Loseblattwerk (Stand: Juli 2012), Wiesbaden 1998.
- Bamberger,* Christian Bamberger, Abwasserbeseitigungspflichtige Anstalten des öffentlichen Rechts? NWVBl 2009, 93 ff.
- Baier/Müller,* Matthias Baier, Rainer Müller, Die Umwandlung von Regie- und Eigenbetrieben in ein Kommunalunternehmen aus kommunalrechtlicher, handelsrechtlicher und steuerlicher Sicht, BayVBl 2011, 493 ff.

- Bauer/Böhle/Ecker (2000 ff.)*, Martin Bauer/Thomas Böhle, Bayerische Kommunalgesetze, Kommentar, Loseblattwerk (Stand: April 2013), Fortführung des Werkes von Masson/Samper, München 2000.
- Baumbach/Hefermehl (2004)*, Adolf Baumbach/Wolfgang Hefermehl, Wettbewerbsrecht, 23. Aufl., München 2004.
- Baumbach/Hopt (2012)*, Adolf Baumbach/Klaus J. Hopt, Handelsgesetzbuch, Beck'sche Kurzkommentare, 35. Aufl., München 2012.
- Baumbach/Hueck (2013)*, Adolf Baumbach/Alfred Hueck, GmbH-Gesetz, Beck'sche Kurzkommentare, 20. Aufl., München 2013.
- BDEW (2011)*, Rechnungslegung der Elektrizitäts- und Gasversorgungsunternehmen nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), Berlin 2011.
- Beck Bil-Komm. (2014)*, Gerhart Förtschle u. a. (Hrsg.), Beck'scher Bilanz-Kommentar, Handels- und Steuerrecht – §§ 238 bis 339, 342 bis 342e HGB mit IFRS-Abweichungen, 9. Aufl., München 2014.
- Becker/Rosin (2000)*, Uta Becker/Peter Rosin, Das Single Buyer-System gemäß Energiewirtschaftsgesetz – Probleme der rechtlichen Ausgestaltung, in: ET 2000, 385.
- Bennemann u. a. (1999 ff.)*, Gerhard Bennemann u. a., Kommunalverfassungsrecht Hessen, Kommentare/Texte (Stand: Oktober 2013), Wiesbaden 1999.
- Bennemann (2012)*, Gerhard Bennemann, Das Eigenbetriebsrecht in Hessen, Kommentar, 5. Aufl., Wiesbaden 2012.
- Bieler (1996)*, Frank Bieler, Das Bundesverfassungsgericht und die Personalvertretung, in: Der öffentliche Dienst 1996, 52.
- Bieler (2000)*, Frank Bieler, Arbeitnehmervertreter im Werksausschuss, Aufsichtsrat oder einem anderen Kontrollgremium, in: Niedersächsische Verwaltungsblätter 2000, 53.
- Westermann u. a.*, Jörg Bittscheidt, Eike Westermann, Florian Zemke, Aktuelle Entwicklungen zum steuerlichen Querverbund, in: KStZ 2014, S. 26 ff.
- Blum u. a. (1997 ff.)*, Peter Blum u. a., Kommunalverfassungsrecht Niedersachsen, Kommentar, Loseblattwerk (Stand: Juli 2013), Wiesbaden 1997.
- Böhm u. a. (2003)*, Walter Böhm u. a., Bundesangestelltentarif – BAT – Die Dienstverhältnisse der Angestellten bei öffentlichen Verwaltungen und Betrieben, 3. Aufl., Loseblattwerk (Stand: Juni 2003), Heidelberg 2003.
- Boldt (1998)*, Andreas Boldt, Eigenbetriebsrecht des Landes Brandenburg – Kommunalrechtliche Besonderheiten bei Werkleitung, Werksausschuss und hauptamtlichem Bürgermeister, in: Kommpraxis 1998, 10, 47.
- Bolsenkötter (1981)*, Heinz Bolsenkötter, Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung bei öffentlichen Unternehmen, in: Die Wirtschaftsprüfung (WPg) 1981, 505.
- Bolsenkötter (2000)*, Heinz Bolsenkötter u. a., Integriertes öffentliches Rechnungswesen, Frankfurt am Main 2000.
- Bolsenkötter u. a. (2002b)*, Heinz Bolsenkötter u. a., Die Eröffnungsbilanz der Gebietskörperschaft – Erfassung und Bewertung von Vermögen und Schulden im integrierten öffentlichen Rechnungswesen, Frankfurt am Main 2002.
- Bolsenkötter/Poullie (2001)*, Heinz Bolsenkötter/Michael Poullie, Auswirkungen der EU-Transparenzrichtlinie auf das Rechnungswesen, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen (ZöGU) 2001, 204.
- Bolsenkötter/Poullie (2003)*, Heinz Bolsenkötter/Michael Poullie, Rechnerisches Unbundling in der Strom- und Gasversorgung, 3. Aufl., Frankfurt am Main 2003.

Literaturverzeichnis

- Boos (2000)*, Thorsten Boos, Handelsregistereintragungspflicht für kommunale Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, in: Der Betrieb (DB) 2000, 1061.
- Borchert u. a. (1997 ff.)*, Hartmut Borchert u. a., Kommunalverfassungsrecht Schleswig-Holstein, Kommentare, Loseblattwerk (Stand: Oktober 2013), Wiesbaden 1997.
- Bordewin (1994)*, Arno Bordewin, Umweltschutzbedingte Aufwendungen in der Bilanz, in: DB 1994, 1685.
- Bott/Schiffers*, Harald Bott, Joachim Schiffers, Betrieb gewerblicher Art und Kapitalertragssteuer: Fiktiver Gewinntransfer i. S. d. § 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b EStG, in: DStZ 2013, S. 886 ff.
- Bracksiek*, Tim Bracksiek, Die Neuregelung des steuerlichen Querverbands durch das JStG 2009, in: FR 2009, S. 15 ff.
- Braun (1987)*, Günther E. Braun, Organisation und Management in der Versorgungswirtschaft – Eine betriebswirtschaftliche Analyse der Organisationsform des kommunalen Querverbandes, in: Der Betrieb (DB) 1987, 1309.
- Braun/Beckert (1989)*, Günther E. Braun/Joachim Beckert, Produktivitätsunterschiede bei kommunalen Eigenbetrieben und kommunalen Gesellschaften am Beispiel der Sparte Verkehr, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen (ZögU) 1989, 435.
- Braun/Jacobi (1990)*, Günther E. Braun/Klaus-Otto Jacobi, Die Geschichte des Querverbands in der kommunalen Versorgungswirtschaft, Köln 1990.
- Brede (1998)*, Helmut Brede, Preise und Gebühren in der Versorgungswirtschaft, Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft, Bd. 43, Baden-Baden 1998.
- Brede (2000)*, Helmut Brede, Wettbewerb in Europa und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben, Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft, Bd. 47, Baden-Baden 2000/2001.
- BremHandbuch (1999 ff.)*, Senator für Finanzen (Bremen), Handbuch für Eigenbetriebe, Loseblattwerk (Stand: Dezember 2005), Bremen 1999.
- Britz (2001)*, Gabriele Britz, Funktion und Funktionsweise öffentlicher Unternehmen im Wandel: Zu den jüngsten Entwicklungen im Recht der Kommunalen Wirtschaftsunternehmen, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ) 2001, 380.
- Britz (2003)*, Gabriele Britz, Rechtliche Rahmenbedingungen kommunalwirtschaftlichen Handelns in der Energieversorgung, in: Schneider/Theobald (2003), S. 135.
- Brüggen/Hünger (2010)*, Christoph Brüggen/Franklin Hünger, Die Bilanzierung von Baukostenzuschüssen unter dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz, in: Versorgungswirtschaft 2010, 34.
- Budäus (1998)*, Dietrich Budäus (Hrsg.), Organisationswandel öffentlicher Aufgabenwahrnehmung, Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft, Bd. 44, Baden-Baden 1998.
- Büdenbender (1982)*, Ulrich Büdenbender, Energierecht, München-Köln 1982.
- Büdenbender (2001)*, Ulrich Büdenbender, Die Entwicklung des Energierechts seit In-Kraft-Treten der Energierechtsreform 1998, in: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) 2001, 952.
- Bunjes*, Johann Bunjes, Umsatzsteuergesetz – Kommentar, 12. Aufl. 2013.
- Burgbacher (1999)*, H. G. Burgbacher, Vergaberegeln und Nahverkehr, in: Transportrecht 1999, 1.

- Clemens u. a. (1998 ff.)*, Horst Clemens u. a., Kommentar zum Bundes-Angestelltentarifvertrag, Loseblattwerk (Stand: Februar 2003), Stuttgart-München-Hannover-Berlin-Weimar-Dresden 1998.
- Cox (2000)*, Helmut Cox, Daseinsvorsorge und öffentliche Dienstleistungen in der Europäischen Union – Zum Widerstreit zwischen freiem Wettbewerb und Allgemeininteresse, Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft, Bd. 45, Baden-Baden 2000.
- Cronauge u. a. (1992 ff.)*, Ulrich Cronauge u. a., Gemeindeordnung und Amtsordnung für das Land Brandenburg, Kommentar (Stand: Juli 2000), Berlin 1992.
- Cronauge (2000)*, Ulrich Cronauge, Kommunale Unternehmen – Eigenbetriebe – Kapitalgesellschaften – Zweckverbände, 3. Aufl., Berlin 1997.
- Cronauge (2002)*, Ulrich Cronauge, Liberalisierung – nein danke! Ein Plädoyer für den Erhalt der kommunalen Wasserversorgung, in: Zeitung für kommunale Wirtschaft (ZfK) 2002, 4.
- Cronauge/Westermann (2006)*, Ulrich Cronauge/Georg Westermann, Kommunale Unternehmen – Eigenbetriebe – Kapitalgesellschaften – Zweckverbände, 5. Aufl., Berlin 2006.
- Daiber (2000)*, Hermann Daiber, Wasserpreise und Kartellrecht, in: Wirtschaft und Wettbewerb (WuW) 2000, 352.
- Danner u. a. (2013)*, Wolfgang Danner u. a., Energiewirtschaftsrecht, Kommentar, Loseblattwerk, 43. Erg.-Lfg. (Stand: September 2013), München 2013.
- Darsow (2002)*, Thomas Darsow, Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Subventionierung kommunaler Unternehmen, in: Landes- und Kommunalverwaltung (LKV) 2002, 1.
- Darsow u. a. (2014)*, Darsow u. a. (Hrsg.), Schweriner Kommentierung der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, 4. Aufl., Stuttgart 2014.
- Decker/Ludwig (1978)*, Heinrich Decker/Wolfgang Ludwig, Politiker, Verwalter, Werkleiter und Bedienstete in Organen von Eigenbetrieben – Eine Synopse nach dem Recht der Bundesländer, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen (ZögU) 1978, 1.
- de Wyl u. a. (2013a)*, Christian de Wyl u. a., Energielieferungsverträge, in: Schneider/Theobald (2003), S. 463.
- de Wyl u. a. (2013b)*, Christian de Wyl u. a., Gesetzliche Anschlusspflicht und vertragliche Ausgestaltung der Netznutzung bei Strom und Gas, in: Schneider/Theobald (2013), S. 913.
- Dobler/Maul (2007)*, Michael Dobler/Karl-Heinz Maul, Die Wertpapiere des Umlaufvermögens und die flüssigen Mittel, HdJ (1984 ff.), Abt. II/7.
- Driehaus (Hrsg.)*, Hans Joachim Driehaus, Peter Beuscher u. a., Kommunalabgabenrecht, Loseblatt, Stand März 2014.
- DRSC (2000a)*, Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e. V. (Hrsg.), Deutscher Rechnungslegungs Standard Nr. 2 (DRS 2) – Kapitalflussrechnung – vom 17. Mai 2000, in: Bundesanzeiger (BAnz.) 103/2000, 10189.
- DRSC (2000b)*, Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e. V. (Hrsg.), Deutscher Rechnungslegungs Standard Nr. 3 (DRS 3) – Segmentberichterstattung – vom 17. Mai 2000, in: Bundesanzeiger (BAnz.) 103/2000, 10193.
- DRSC (2002a)*, Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e. V. (Hrsg.), Deutscher Rechnungslegungs Standard Nr. 12 (DRS 12) – Immaterielle Vermögenswerte des Anlagevermögens – vom 17. September 2002, in: Bundesanzeiger (BAnz.) 197a/2002.